

Markus Frank
Krautheimer Str. 76
68259 Mannheim

Offener Brief an den Oberbürgermeister und die Gemeinderäte der Stadt Mannheim

Verteiler:
Oberbürgermeister Christian Specht
Grüne: Stefanie Heß, Nina Wellenreuther
SPD: Thorsten Riehle
CDU: Claudius Kranz
LL.PAR.Tie: Dennis Ulas
FDP/MfM: Birgit Reinemund
Mannheimer Liste: Achim Weizel

Mannheim, 15.10.2023

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Specht,
sehr geehrte Fraktionsvorsitzende im Gemeinderat der Stadt Mannheim,

Wie seit mehreren Monaten in der Presse und auch im vergangenen OB-Wahlkampf zu vernehmen war, ist es um die Betreuung von Kindern im Alter bis 6 Jahre in Mannheim schlecht bestellt. Aktuell fehlen im Stadtgebiet weit über 1000 Plätze für Kinder im Krippen- und Kindergartenalter, viele davon Vollzeitplätze.

Da seit über 10 Jahren gemäß § 24 SGB VIII ein Anspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder, die das erste Lebensjahr erreicht haben, besteht, ist es umso verwunderlicher, dass die Stadtverwaltung es bisher nicht geschafft hat, diesen Rechtsanspruch für Eltern auch umzusetzen.

Zum Einen bedeutet eine zuverlässige und qualitativ hochwertige Kinderbetreuung für alle Eltern, dass sie stressfrei ihren Beruf ausüben können. Insbesondere Frauen mussten und müssen immer noch zurückstecken, wenn ein Elternteil für die Kinderbetreuung zu Hause bleiben muss. Die Umsetzung des Rechtsanspruchs würde diese Ungerechtigkeit in der Geschlechterfrage ein gutes Stück weit beseitigen. Darüber hinaus kann es sich die Stadt in Zeiten des Fachkräftemangels schlicht nicht leisten, wenn gut ausgebildete, arbeitsfähige Elternteile ihrem Beruf nicht nachgehen können.

Zum Anderen ermöglicht es Kindern in frühem Alter, mit Altersgenossen aufzuwachsen, soziale Kompetenzen zu erwerben und nicht zuletzt ihren Spracherwerb zu verbessern. Insbesondere für Kinder aus Familien mit einem Erfahrungsschatz aus anderen Ländern und Kulturen würde das Erlernen der deutschen Sprache zum Kinderspiel. Inwieweit diese Tatsache spätere Probleme in der Schulzeit vermeidet, ist inzwischen auch allgemein anerkannt.

Unverständlich dabei ist, dass als Gründe für die verschärfte Betreuungssituation ausschließlich auf den – zugegebenermaßen vorhandenen – Fachkräftemangel verwiesen wird. Umliegende Gemeinden schaffen es trotz dieses Mangels, für nahezu 100% ihrer Kinder einen Betreuungsplatz anzubieten. Die ursächlichen Probleme sind also vielmehr in der Verwaltung zu suchen, die das Thema lange Jahre nur sehr untergeordnet angegangen ist.

Bemerkenswert ist zudem, dass für Projekte wie Sanierung Nationaltheater, Fußballstadion, Multihalle oder auch die Bundesgartenschau Hunderte Millionen Euro bereitgestellt werden. Bestehende Kinderhäuser müssen jedoch mit sehr knappen Ressourcen auskommen und auch beim Bau neuer Einrichtungen freier Träger wird um jeden Euro gefeilscht. Ebenso vergehen zwischen Planung, Baubeginn und Fertigstellung neuer Einrichtungen oftmals mehrere Jahre, wie z.B. in Sandhofen oder Wallstadt.

Dabei könnte die Stadtverwaltung sich glücklich schätzen, dass freie Träger einen großen Anteil an Betreuungsplätzen anbieten, um den oben erwähnten Rechtsanspruch umzusetzen.

Darüber hinaus ist die Platzvergabe in Mannheim viel zu intransparent und lässt Eltern nicht selten ratlos zurück, ob sie ihre Berufstätigkeit wieder aufnehmen können. Die Meldestelle Kinderbetreuung (MeKi) dient augenscheinlich nur dazu, die Bedarfe in der Stadt zu erfassen, nicht jedoch, um die Eltern beim Suchen und Finden eines Platzes zu unterstützen. Ebenso trägt die Anwendung unterschiedlicher Kriterien von städtischen und freien Trägern nicht dazu bei, die Situation für Eltern zu entspannen. Ergebnis dieses Zustandes sind Einrichtungen, die unter der Vielzahl von Besuchswünschen und Kennenlernerminen ächzen und ihrer eigentlichen Aufgabe, nämlich unsere Kinder zu betreuen, nicht mehr vollumfänglich nachkommen können.

Die bloße Existenz von Kriterien zur Platzvergabe offenbart nur noch deutlicher den Mangel an Plätzen, denn bei einer ausreichenden Anzahl wären solche Vergabekriterien überhaupt nicht nötig.

Ideen zur Problemlösung gibt es genug, z.B. Errichtung von Kindergärten in Modulbauweise (wie in Heidelberg). Ausweitung des PiA-Modells und einfacheren Genehmigungen von Wald- und Wiesenkindergärten, z.B. die Erweiterung des Wiesenkindergartens in Feudenheim.

Mit der Wahl eines neuen Oberbürgermeisters besteht nun die Chance, dass die Verwaltung neue Impulse bekommt. Im Wahlprogramm von Herrn Specht nahm das Thema Kinderbetreuung zum Glück großen Raum ein. Nun ist es an Ihnen, lieber Herr Oberbürgermeister, diese Versprechen auch umzusetzen. Dem Gemeinderat als gewähltes Gremium der Mannheimer Bevölkerung kommt hier ebenfalls eine zentrale Bedeutung zu. Wir als Eltern werden nicht nachlassen, Ihnen dabei jede Unterstützung zukommen zu lassen.

Zu diesem Zweck wurde eine Petition gestartet, die sich für die Belange der Kinderbetreuung stark gemacht hat, und über 400 Unterschriften gesammelt hat. Um unseren Forderungen als Eltern Nachdruck zu verleihen, möchten wir Ihnen diese Unterschriftenliste in der nächsten Gemeinderatssitzung übergeben.

Mit freundlichen Grüßen

Wir, die Unterzeichner fordern die Stadtspitze und die Fraktionen im Gemeinderat hiermit auf:

- die Kinderpolitik endlich zur Chefsache zu machen und in allen Sitzungen des Gemeinderates auf die Tagesordnung zu setzen
- sich für eine bedarfsgerechte und vorausschauende Planung beim Bau von neuen Kinderhäusern einzusetzen
- das MeKi-System zu verbessern und die Vergabe von Plätzen für Eltern transparenter zu machen
- sich über ihre Parteiorganisation auf Landesebene dafür einzusetzen, dass der Beruf der Erzieherin/des Erziehers auch schon in der Ausbildung vergütet wird
- dass Gelder für eine nachhaltige Kinderpolitik umgeschichtet werden
- dass der Rechtsanspruch auf eine Ganztagesbetreuung für Grundschulkinder ab dem Schuljahr 2026/27 jetzt schon geplant wird, um ein weiteres Fiasko zu vermeiden.